

Datenrettung: Aktuelle Themen der Zeit (überarbeitet)

2021 08 18

Der wirksame Schutz von afghanischen Ortskräften wurde von der Bundesregierung schon vor dem April 2021 verweigert:

[dserver.bundestag](https://dserver.bundestag.de)

*“Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert, das derzeitige **Ortskräfte-Verfahren sei dysfunktional und werde der Bedrohungslage** derer, die vor Ort zur Ausführung des Bundeswehrmandats beitragen, **nicht gerecht**. Sie fordert die Einführung eines Gruppenverfahrens für die großzügige Aufnahme afghanischer Ortskräfte, bei dem die Bundesregierung im Falle der Verweigerung einer Visumserteilung darlegen soll, dass die betroffene Ortskraft weder latent noch konkret gefährdet ist.”*

2021 08 12

Studie zu Elektroautos

Jede Tonne CO₂, die durch ein Elektroauto vermieden wird, kostet den Staat bis zu 1.000 Euro, weil sie in der Kraftstoffbesteuerung fortfällt. Diese Berechnung ist bei den Grünen bisher noch nicht bei ihren Umverteilungsplänen aufgetaucht.

Diese [generelle Umverteilung](#) der Grünen wird nicht funktionieren, weil das Geld dazu einfach nicht vorhanden ist und der Staat durch Corona mit seiner notwendigen Neuverschuldung vorläufig in einer Zwangsjacke steckt und noch nicht feststeht, wie er daraus kommt. Er steckt z.Z. in einem Dilemma.

Vorteile werden nur die haben, die sich beispielsweise ein Elektroauto leisten können und das gleichzeitig zu ihrer Umgebung passt, weil die notwendige Infrastruktur zur Elektromobilität noch nicht ausreichend vorhanden ist. Das alles ist keine Politik. Das ist derzeit nur Glücksspiel, was hier auf der politische Ebene propagiert wird.

Der Taz-Link verwies auch auf eine Lobbygruppe [“Bundesverband eMobilität“](#), die diesen Darstellungen pauschal und ungenau widersprachen.

2021 08 05

Die Flutkatastrophe im Ahrtal war nicht einmalig

2021 07 12

Pegasus (Spyware)

2021 07 09

Steuerschlupfloch “Share Deals” erspart Konzernen die Grunderwerbsteuer

2021 07 01

Nordkoreo lässt grüßen

Pflicht zur Vorinstallation von Jugendschutzfiltern. Viele Internetseiten sind danach ohne erkenntnisdienliche Angaben für Endgeräte nicht mehr erreichbar.

2021 06 01

Das Bundesfinanzgericht und sein Urteil über die Doppelbesteuerung von Renten

Das Bundesfinanzgericht hat in seinem Rentenurteil vom 31. Mai 2021 die Bundesregierung angemahnt, der Gefahr einer Doppelbesteuerung von Renten entgegenzuwirken. Diese grundgesetzwidrige Doppelbesteuerung würde in der Zukunft eintreten, wenn sie an den bisherigen Regeln der Rentenbesteuerung festhielte.

Die öffentliche Diskussion, die durch dieses Urteil entfacht wurde, läuft vielfach chaotisch. Es mag sein, dass dies an der Vielzeilentaktik der öffentlichen Medien liegt, denn danach werden viele Artikel abgerechnet.

So kam es, dass auch der Vorschlag der Linken, der einen jährlichen Rentenfreibetrag von 14.400 Euro vorsah, in die Kritik genommen wurde, denn dieser Freibetrag würde, so die „taz“, vornehmlich den Rentnern mit den guten Einkommen nützen. Dass dasselbe Tageblatt nur einen Tag später, ziemlich kommentarlos über eine dreijährige, monatliche Bezuschussung von 1.200 € zu den normalen Einkünften an 122 alleinstehende Personen, von einem bedingungslosen Grundeinkommen berichtete, zeigt, wie zusammenhanglos die finanziellen Dinge allgemein betrachtet werden.

Ob der Vorschlag der Linken der Weisheit letzter Schluss war, soll einmal dahingestellt bleiben. Doch hier wird wieder nach dem Prinzip „jeder gegen jeden“ argumentiert. Dabei wird eine grundsätzliche Regelung, die eine Doppelbesteuerung schon im Ansatz verhindert könnte, übersehen:

Es handelt sich um eine bestimmte Form, die bei der Lohn- und Einkommensteuer angewandt werden müsste. Eine Schüssel ist eben nur dann eine Schüssel, wenn man sie richtig hält. Auf den Kopf gestellt, verfehlt sie ihre Funktion. Nach der bisherigen Regelung hat diese Steuer nach dem jährlichen Freibetrag eine konvexe Form. Es ist also so gesehen, eine auf den Kopf gestellte Schüssel. Sie wird allgemein auch als „[Mittelstandsbauch](#)“ bezeichnet. Wäre der Anstieg linear, könnten damit schon die meisten Doppelbesteuerungen bei der Rente vermieden werden. Noch besser wäre es, direkt eine konkave Form (Schüssel) zu wählen. Mit dieser Form könnten die meisten Geringverdiener gegen einen zu hohen Steuerzugriff auf ihr Einkommen geschützt sein.

2021 05 07

B.1.617 Großbritannien stuft Mutante aus Indien als »besorgniserregend« ein

2021 04 02 Die Corona-Teststrategie und das aus ihr heraus abgeleitete kontrafaktische Handeln

Wenn wir von einem Normalzustand einer Epidemie ausgehen, dann ist es der, der jährlichen Grippeepidemien. In Deutschland verstarben – über das [Excess-Verfahren](#) geschätzt – trotz der möglichen Schutzimpfungen, im Grippejahr 2017/18 durch die Influenza über 25.100 Menschen. Das soll die schlimmste Grippesaison seit 30 Jahren gewesen sein. Allgemein bekannt war bis zum Eintritt der ersten Coronawelle diese Tatsache nicht.

Bis auf die Freiwilligkeit der Schutzimpfung, sind hierzulande keine weitere Maßnahmen bekannt, die sich gegen diese wiederkehrenden Grippewellen stellen, insbesondere keine dagegen entwickelten Strategien.

Corona zwingt die westliche Welt zu einem Lernprozess

Was hier bei dieser Opferzahl von 25.100 Grippetoten ins öffentliche Blickfeld gestellt wird, ist nur die länderspezifische Zahl für ein bestimmtes Land, hier Deutschland. Will man dagegen Zahlen von anderen Ländern mit der Zahl dieses Landes vergleichen, wird es schon schwieriger. Allgemein erfährt man noch, dass man jährlich weltweit mit [290.000 bis 645.000 Grippetoten](#) rechnen müsse. Corona hat hier eine andere Größenordnung: Seit Pandemie-Beginn hat [Indien eine Übersterblichkeit](#) zwischen 3,4 bis zu 4,9 Millionen zusätzlicher Toten.

Man erfährt jedoch sehr schnell, welche Länder und Regionen schlechter bei diesem Zahlenvergleich abgeschnitten haben als das eigene Land. Meist wird dies schon in den vorliegenden Artikeln als Information direkt mitgeliefert. Die andere Blickrichtung jedoch, nämlich zu den Ländern, in denen es besser aussieht, als im eigenen Land, bleibt dem Betrachter regelmäßig verborgen und überdies wird diese Blickrichtung noch mit Denkverböten überfrachtet. Meist reicht hier der agitative Hinweis, dass es sich bei diesen in Betracht gezogenen Ländern in der Regel um asiatische [autoritaristische](#) Staaten handle, um genauere individuelle Nachforschungen zu verhindern oder mindestens zu verringern. Als Ergebnis dieser beschränkten Sicht hat sich letztendlich unterschwellig ein [Gesundheitsnationalismus](#) entwickelt, der jeden zum Schweigen bringen soll, der nicht das nationale Gesundheitssystem als das beste der Welt ansieht und zudem um seinen Fortbestand kämpft.

So von der Propaganda eingenommen, wiegt man sich in der Sicherheit, dass bei uns während der Corona-Pandemie getestet wird, was das Zeug hält und ist auch hier der Meinung, dass wir darin die Weltmeister sind. Anhand der positiven Tests glauben wir, daraus einen genauen 7-Tageinzidenzwert zu ermitteln, der kurzerhand mit den Inzidenzwerten anderer Länder verglichen werden kann. Dass Dänemark bei dieser Pandemie in der gleichen Zeit siebenmal öfter seine Bevölkerung getestet hat (Stand 1.4.2021), wird bei diesem Testvergleich nicht berücksichtigt. Trotzdem werden auf der Basis dieser mangelhaften Daten in unserem Land Forderungen laut, die den Sinn dieser Tests auf den Kopf stellen und zu einem kontrafaktischen Handeln führen.

Eine der Möglichkeiten, Viren nachzuweisen, ist es, diese über auf sie abgestimmte Tests zu erkennen, um danach Quarantäne-Maßnahmen einzuleiten. So einfach sich diese Aufgabe anhört, so komplex ist dieser Nachweis in der Wirklichkeit. Was man mit diesen Testergebnissen zunächst nicht machen sollte, wäre, sie sogleich unreflektiert für eine Öffnungsstrategie zu verwenden. Dies wäre genau das, was man unter einem kontrafaktischen Handeln verstehen könnte. Diese Tests sind nämlich primär zunächst nur dazu gedacht, lediglich virusbelastete Personen in einer Population nachzuweisen, damit entsprechende Abwehrmaßnahmen veranlasst und durchgeführt werden. Wer etwas anderes mit diesen Tests anstellt, [begibt sich damit auf den Weg der Zweckentfremdung](#), der am Ende zum kontrafaktischen Handeln führt. Dem kontrafaktischen Handeln fehlt also grob gesprochen die Unterordnung in ein allgemeines strategisches Gesamtkonzept, dem es u.a. obliegt, zu beurteilen, ob und wie viel Zeit für Problemlösungen noch vorhanden ist. Kontrafaktisches Verhalten spaltet die Gesellschaft und ist [interessengesteuert](#).

Schlimmstenfalls täuschen die Protagonisten dieses Handelns sogar Sicherheit vor, wo keine Sicherheit besteht. Sie weisen ihre allgemeine Verantwortung, sich unter ein Gesamtkonzept zu stellen mit tautologischen Sprüchen zurück, wenn auch nur ansatzweise Überlegungen für einen

radikalen „Lockdown“ aus einem Gesamtkonzept heraus in Betracht gezogen werden. Einer davon lautet, dass die Inzidenzwerte steigen, liege nur daran, weil auch die Testrate gestiegen sei und somit kein realer Anstieg, der einen „Lockdown“ rechtfertige, vorläge. Ein Zusammenhang, dass diese Steigerungen auch mit ihrer Öffnungsstrategie zusammenhängen könnte, wird bestritten mit der Forderung, dazu die entsprechenden Beweise zu liefern. Dass das Corona-Virus für dieses juristische Verfahren keine Zeit lässt, wird von diesen Protagonisten nicht berücksichtigt. Sie haben sich auf diese Weise mit ihrem kontrafaktischen Verhalten der allgemeinen Verantwortung entzogen.

Andere Länder sind in diesem Lernprozess schon wesentlich weiter fortgeschritten. Um diese juristischen Winkelzüge der Einzelinteressen und den damit verbundenen kontrafaktischen Handlungen zu vermeiden, haben sie im Vorwege die dazu notwendigen Schritte eines „Harten „Lockdowns“ eindeutig in ihren Infektionsschutzgesetzen festgelegt. Insbesondere liegen mit diesen gesetzgeberischen Maßnahmen die asiatischen Staaten vorn, weil sie aus den Pandemien, die ein Jahrzehnt vorher über sie hinwegrollten, gelernt haben. Ein Flickenteppich von unterschiedlichen Maßnahmen wird somit in ihren Ländern weitgehendst vermieden. Aus dieser Erfahrung wissen sie, dass ein „Harter Lockdown“ wesentlich kürzer verläuft, wenn er bei sehr niedrigen Inzidenzwerten angeordnet wird.

8.März 2021 **Internationaler Frauentag:** [Emilie du Chatelet](#)

SH – Der echte Norden

Im Besonderen (Hier wird vor der eignen Tür gekehrt):

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein prahlt auf seiner bisher untätigen Internetseite zur CORONA-Schutzimpfung mit dem Spruch [„Der echte Norden“](#). Abgesehen davon, dass dies ziemlich präntiös ist, hat so ein Spruch auf einer Behördenseite nichts zu suchen. Der Hilfesuchende oder besser der Anspruchsteller ist kein Kunde oder Fußballfan. Aber, wer es nötig hat, sich an das Echte so anzulehnen, der sollte dabei nicht vergessen, die HSH-Nordbank zu erwähnen, für die das Land Schleswig-Holstein sich eine Bürgschaft hat aufschwätzen lassen. Vielleicht ließe sich anhand dieser ominösen Finanzleiche, die seit geraumer Zeit politisch durchgereicht wird, für Schleswig-Holstein einiges erklären.

Diese Leiche ist nämlich der Grund dafür, dass in Schleswig-Holstein (finanziell) vieles anders läuft als beispielsweise in [Bayern](#). Es geht sogar hinein bis in das Baurecht, wo einem Bayern von seinem Staat ein größeres Recht an der Sonne zugebilligt wird als einem Schleswig-Holsteiner. Mit anderen Worten: Die bauliche Verdichtung ist in Schleswig-Holstein aus wirtschaftlichem Zwang wesentlich höher als in Bayern. Aber das ist nur ein Beispiel von vielen [und es nimmt kein Ende](#).

Diese Deals haben auch das persönliche Verhalten der nachrückenden Politiker und das nicht nur in Schleswig-Holstein, gewaltig verändert. Es wird von diesen nichts mehr ausreichend hinterfragt. Durch die ausgehandelten und geheim abgeschlossenen Verträge, denn Vertrag ist Vertrag und Verträge müssen eingehalten werden, gerät eine Sache zu etwas Nichtabänderbaren, sozusagen Unantastbaren und wird damit direkt historisch, das man hinter sich lässt und schnell vergessen sollte.

Bei dem Generationswechsel der Politiker fressen die neuen das, was auf den Tisch kommt. Und so kommt es, dass ein Bayer im Zusammenhang einer Sache, nämlich der Finanzkrise von 2008, als Deutscher nur einmal (HypoReal-Estade), ein Schleswig-Holsteiner für die HSH-Nordbank ein weiteres Mal – nämlich als Deutscher mit den Bayern und als Schleswig-Holsteiner noch einmal allein – zur Kasse gebeten wurde. Dazu gelang es dem „Bayrischen Staat“ in dieser Zeit, den Finanzausgleich der Bundesländer zu seinen Gunsten zu ändern. Profitiert hat dabei als reicher Stadtstaat auch Hamburg. Es konnte mit der teuren Elbphilharmonie zusätzlich eine weitere Krise

lösen. Zudem wurde die Finanzkraft Schleswig-Holsteins durch weitere Fehlentscheidungen (Marine-Schiffbau) des Bundes gebeutelt.

Nun ist Schleswig-Holstein als Bundesland in die Situation geraten, in der es die Fördergelder des Bundes nicht abrufen kann (z.B. Digitalisierung der Schulen), weil es nicht mehr in der Lage ist, seinen Eigenanteil aufzubringen und versteckt sich zweckdienlich hinter den bürokratischen Vorschriften. Die Gelder des Bundes, 5 Milliarden Euro, liegen schon über zwei Jahre brach. Dieses Land ist nicht mehr in der Lage seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, weil es dem vom Bund geforderten Eigenanteil nicht mehr leisten kann.

In der Bundesrepublik herrscht ein föderatives finanzielles Ungleichgewicht, das auch zu ungerechten Unterschieden in bestimmten Sozialstrukturen führt.

Zu diesem Thema nicht das Maul aufzukriegen, das ist der „echte Norden“. Es ist die Zeit, in der sich die [Potentaten](#) mit fremden oder auch falschen Federn schmücken. Man entschuldigt sich für etwas, was man nie getan aber nicht für das, was man versäumt hat, jedoch vorsorglich für das, was noch geschehen könnte.

Der Klartext, das Konkrete und das Notwendige bleibt dabei auf der Strecke. Es bleibt unerledigt. Der Potentat rechnet damit, dass die auftretenden Tatsachen von seiner Gefolgschaft in keinen Zusammenhang gestellt werden und beurteilt werden. Er möchte, dass es über die allgemeine Vergesslichkeit schnell entschwindet. Falls doch noch etwas durchsickert, wird dies von vielen Politikern über die Behauptung, es handele sich hierbei nur um Verschwörungsmythen, verunglimpft. Das Diffuse gewinnt ständig einen größeren Raum.

+++++

Fiskal- und Geldpolitik zu Zeiten der Corona-Pandemie

2020 03 12 15:05 h

“Unter den Bedingungen des Lebens könnte der Irrtum sein.” Friedrich Nietzsche; Die Fröhliche Wissenschaft

BlackRock-Manager Philipp Hildebrand ließ verlauten: „Wenn es durch die Epidemie zu größeren Liefer- und Zahlungsverzögerungen kommen sollte, dann müssten mithilfe der **Fiskalpolitik** die Zahlungsströme an private Haushalte und Unternehmen direkt stabilisiert werden, während die **Geldpolitik** eine ausreichende Liquiditätsversorgung des Finanzsystems sicherstellt.“

Mit der Floskel „Geldpolitik“ sieht der BlackRock-Manager Philipp Hildebrand die Zentralbanken in der gesamten Finanzwelt in der Pflicht, gegen die Pandemie entsprechende geldpolitische Maßnahmen zu ergreifen. In den USA senkte die Federal Reserve ihren Leitzins aus diesem Grunde deutlich um einen halben Prozentpunkt. Dies konnte von der Europäischen Zentralbank so nicht ausgeführt werden, weil sie ihren Leitzins wegen der Finanzkrise von 2008 schon auf null Prozent gesenkt hatte. Auf diesem Null-Punkt verharrt der Leitzins seit März 2016. Dieses Finanzinstrument ist für die EZB seit dieser Zeit ausgefallen. Ihr ist es seit dem nicht gelungen, den Leitzins auf einen Normalstand zurückzubringen Nun versucht die EZB die lahrende Konjunktur über verstärkte Anleihekäufe in Schwung zu bringen.

Was hier von dem BlackRock-Manager Philipp Hildebrand nicht erkannt wird, ist, dass er es nicht mit einer Arbeitswelt zu tun hat, in der die Menschen am Daumen drehen und auf Arbeit warten. Bei dieser Pandemie haben wir es damit zu tun, dass sie entweder nicht arbeiten können oder es nicht dürfen. Auf diese Sichtweise war der Supercomputer [Aladdin](#) von BlackRock nicht programmiert, so dass Hildebrand auch keine Empfehlung für diese Art von Krise zur Hand hatte.

Darum werden seine Empfehlungen den Zentralbanken auch nicht helfen die Wirtschaft zu stabilisieren und die Börsenkurse befinden sich trotz dieser Anreizversuche der Zentralbanken auf der gesamten Welt weiter auf Talfahrt. Der DAX verlor in einer Woche mehr als 16 Prozent. Die

Börse ist der einzige Markt, vor dem die Käufer davon rennen, wenn die Preise fallen. Helfen kann hier nur, den Zeitraum der Pandemie zu neutralisieren, sozusagen für eine Spielunterbrechung in Finanz-Angelegenheiten zu sorgen. Es würde helfen, die Zahlungsverpflichtungen aufzuschieben oder in bestimmten Fällen auch zu erlassen (z.B. Miete und Pacht, Überlegungen zu einem Lastenausgleich wären nötig). Die entsprechenden Gesetze müssten dazu bei uns noch entstehen oder entsprechend angepasst werden (wie z.B. das Insolvenzrecht), um eine Gießkannen-Politik, wie sie jetzt in Ansätzen schon zu erkennen ist, zu verhindern. Auf dieser Ebene könnte dann auch die Fiskal- und Geldpolitik eingreifen.

Die Corona-Pandemie-Krise zwingt die monetäre Staatsfinanzierung zu einem Paradigmenwechsel der staatlichen Geldpolitik. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass die Leistungsversprechen der üblichen Kreditnehmer nicht mehr ausreichend erfüllt werden können und dadurch eine große Gefahr des Zusammenbruches des Geldflusses und des Geldsystems besteht. Der Staat kann dies nur verhindern, indem er die (elektronische) Notenpresse anstellt und dieses Geld möglichst gezielt in Form von Krediten oder auch Zuschüssen in den Wirtschaftskreislauf einbindet. Bei vielen Einzelunternehmern und Freiberuflern können nur Zuschüsse helfen, um sie vor einer drohenden Insolvenz zu schützen. Wenn feststeht, dass die Insolvenz durch die Pandemie herbeigeführt wurde, sollte es auch möglich sein, in diesen Fällen das Insolvenz-Recht auszusetzen.

Durch diese staatlichen Eingriffe entstehen monetäre Verwerfungen, die aber später, wenn die Pandemie überstanden ist, vom Staat und seiner solidarischen Gesellschaft auch wieder korrigiert werden können. Der Staat sollte aber besonders bei Großfirmen darauf Acht geben, dass sein bezuschusstes Geld nicht in Dividenden-Zahlungen, Aktienrückkäufe, Bonuszahlungen oder in Niederlassungen von Steueroasen verschwinden kann.

Die Menschheit steht hier vor einer ungeahnten Herausforderung und die mit ihr verbundenen Gesellschaften sollten sich die Gesetze, die ihr dabei helfen, diese Herausforderung zu bestehen, sehr gut aufschreiben. So ein umfangreiches Wissenspotential, das sie in kürzester Zeit entfalten kann, hat sie in der Vergangenheit noch nie besessen. Sie muss es nur richtig anwenden. (har)

Hier schon die ersten Ideen dazu:

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-03/hilfeleistungen-corona-krise-kitas-schulen-betreuung>

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/coronavirus-bundesregierung-sagt-kredite-ohne-begrenzung-zu-a-395964c2-afe2-4dfe-a3a2-7a9c313954fd>

Die Standortfrage Coronavirus

“Jetzt einen Wettbewerb um Standortfragen loszutreten ist das falsche Signal. Das Virus macht nicht an Grenzen halt. Internationale Zusammenarbeit ist jetzt wichtig und nicht nationaler Eigennutz. Impfstoff darf ebenso, wie das Virus, nicht an Grenzen haltmachen”, schrieb der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Erwin Rüdell (CDU), auf Twitter.

Die deutsche Firma CureVac aus Tübingen forscht seit Januar 2020 an einem Impfstoff gegen das Coronavirus. Für diesen Impfstoff ist noch kein Name bekannt. Es müssen allerdings schon nach kurzer Zeit vielversprechende Forschungsergebnisse vorliegen, die die Regierung der USA, vertreten durch ihren Präsidenten Donald Trump, veranlassen, ein Angebot zu unterbreiten, welches alle Ergebnisse und Rechte dieser Forschung ausschließlich nur den USA übertragen sollte.

Zu den zahlungskräftigsten Geldgebern, die diese Firma unterstützen zählen Dietmar Hopp, Bill Gates (ab Juni 2014), Roland Oetker und Friedrich von Bohlen, Neurobiologe und Portfolio-Manager von Dietmar Hopp. Alle Geldgeber haben eine humanistische Grundüberzeugung und das bedeutet, die Ergebnisse dieser Forschung sollen allen Menschen zu Gute kommen. Sie lehnen

Trumps Angebot ab, das nach Schätzungen weit über eine Milliarde Dollar gelegen haben muss. Ob sich die USA damit abfindet, bleibt noch abzuwarten. Die Vergangenheit hat in solchen Fällen gezeigt, dass Firmen mit teuren Prozessen bedroht oder angegriffen wurden.

Bis zu diesem Punkt steht noch keine Standortfrage im Raum, wie es der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Erwin Rüdell (CDU), auf Twitter suggerieren wollte. Forschung und Pharma-Industrie sind jedoch unterschiedliche Schuhe. Eine effektive Pharma-Industrie besteht in Deutschland nicht mehr. Auch hier wird etwas suggeriert, was es nicht mehr gibt. Um es klar zu sagen: Deutschland besitzt keine ausreichenden pharma-technischen Kapazitäten, um in einem angemessenen Zeitraum auf dieses Virus zu reagieren. Deutschland ist auf andere zu einer Zusammenarbeit angewiesen. Ob hierbei die Re-Globalisierung der richtige Weg ist, steht darum stark infrage, weil für diese Antwort einfach keine Zeit vorhanden ist.

2021 05 01 **Thema: Klima und soziales Wohnen**

Zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichtes, kurz hintereinander im Jahr 2021.

Eine Gegenüberstellung oder Vergleich:

Der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit, auch für zukünftige Generationen

(Hier: Klimaschutz)

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Downloads/DE/2021/03/rs20210324_1b_vr265618.pdf?__blob=publicationFile&v=1

und

Das Grundgesetz enthält – von der Ausnahme des Art. 109 Abs. 4 GG abgesehen – eine vollständige Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten entweder auf den Bund oder die Länder.

(Hier: Urteil gegen den Berliner Mietendeckel)

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Downloads/DE/2021/03/fs20210325_2b_vf000120.pdf?__blob=publicationFile&v=2

und die Frage nach den zu erwartenden sozialen Auswirkungen:

<https://www.heise.de/tp/features/Deutschland-einig-Klimaland-6033534.html>
